

Beschluss des Landrats vom 12.09.2024

Nr. 690

3. **Petition «für den Erhalt unserer Universität»** 2024/341; Protokoll: mko

Wie Kommissionspräsidentin Landrätin **Irene Wolf** (EVP) ausführt, geht es um eine Petition mit dem Titel «Erhalt unserer Universität», die von 1'062 Personen unterschrieben und sowohl dem Landrat in Liestal als auch dem Grossen Rat in Basel überreicht wurde. Die Petitionärinnen und Petitionäre bekennen sich klar zur gemeinsamen Universität und bezwecken es, ihren Betrieb über die Finanzierung durch die Trägerkantone zu garantieren. Dies hat eine Vorgeschichte, denn die SVP Baselland hatte bekanntlich beabsichtigt, den bestehenden Universitätsvertrag zu kündigen. Zudem gibt es auch Bestrebungen von anderen Baselbieter Parteien, den Vertrag neu zu verhandeln. Eintreten auf die Petition war unbestritten.

Regierungsrätin Monica Gschwind, Vorsteherin der BKSD, gab eine schriftliche Stellungnahme ab, in der sie bekräftigte, dass die Uni Basel für die Attraktivität unserer Region eine wichtige Bedeutung hat. Sie stellt gut ausgebildete Arbeitskräfte bereit und leistet einen Beitrag zur Bekämpfung des Fachkräftemangels. Ausserdem stärkt sie den hohen Bekanntheitsgrad und die Reputation der Region, und sie ist ein erstklassiger Bildungs- und Investitionsstandort. Aus dem Grund beteiligt sich Baselland in substanziellem Ausmass an der Finanzierung dieser Institution. Seit 2000 besteht ein Staatsvertrag über die gemeinsame Trägerschaft der Universität. Aber schon vorher hat sich Baselland massgeblich an der Finanzierung beteiligt. Der Staatsvertrag wurde per 1. Januar 2022 überarbeitet und umfasst nun ein Finanzierungsmodell, das sich der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Kantons anpasst. Auch hat die Universität zum Baselbiet ein Bekenntnis abgegeben; seit 2021 gibt es auf Baselbieter Boden neu einen Standort in Münchenstein, seit diesem Jahr gibt es die Uni auch in Allschwil. Zudem ist mit Beat Oberlin ein Baselbieter Universitätsratspräsident.

Es ist bekannt, dass die beiden Kantone eine unterschiedliche Finanzlage haben. Für beide ist es das oberste Ziel, eine tragbare Finanzierung für die kommende Leistungsperiode 2026 bis 2029 zu erarbeiten. Petenten und Petentinnen verzichteten darauf, persönlich in der Petitionskommission zu erscheinen und ihr Anliegen vorzubringen. Dafür kam eine Delegation der BKSD und legte die erwähnten Punkte dar. Die Kommission hatte dann festgestellt, dass die Petition bereits im Mai in der Landratsdebatte im Rahmen der Motion 2024/176 («Univertrag kündigen, Geld sparen») eingereicht wurde. Mit der Beantwortung der Motion und der Ablehnung durch den Landrat wurde ein klares Bekenntnis zur Uni abgegeben. Somit ist das Anliegen der Petition erfüllt.

Die Mitglieder der Petitionskommission bitten den Landrat mit 7:0 Stimmen, die Petition zur Kenntnis zu nehmen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

– *Beschlussfassung*

://: Mit 69:0 Stimmen wird die Petition zur Kenntnis genommen.
